

werden.“ Und für ein 1983 in Betrieb gehendes KKW rechnet man mit Investitionskosten von 2500 Mark je Kilowatt. Das ist mehr als das Doppelte dessen, was der erste Biblis-Block gekostet hat. Und bei nur „3000 Stunden Auslastung ist der Atomstrom einen guten Pfennig teurer als der Kohlestrom“; erst „bei 6500 Stunden rund 2,3 Pfennig billiger“²⁸⁾.

Rechnet man zu diesen Bedingungsfaktoren der weiteren Energiedebatte noch die Problemfelder hinzu, die aus der offiziellen Diskussion der letzten Wochen ausgeblendet wurden (Verstaatlichungsforderung einiger SPD-Energiefachleute; die Bedeutung einer vom Innenministerium angeforderten Studie über „Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes“²⁹⁾, die belegen will, daß Umweltschutzausgaben von 1970 bis 1980 pro Jahr einen Beschäftigungseffekt von 370 000 Arbeitsplätzen haben; Rationalisierungsstrategien des Kapitals; sinkende Wachstumsraten trotz KKW-Bauprogrammen), dann wird erkennbar, daß die Anti-KKW-Bewegung im November 1977 an der Kernkraft-Front zwar eine Schlacht, aber nicht den Krieg verloren hat.

Die italienischen Gewerkschaften, der Historische Kompromiß und die Krise des Landes

Von Manfred Boni und Birgit Geissler

I

Der Wahlsieg der Kommunistischen Partei Italiens (PCI) in Regionen und Gemeinden 1975, der zu einer Ablösung vieler Stadt- und Regionalverwaltungen der Democrazia Cristiana (DC) durch linke Bündnisse geführt hat, und der spektakuläre Anstieg der PCI-Stimmen auf 34% bei den aufgrund der Dauerkrise der DC-Kabinette vorgezogenen nationalen Wahlen im Juni 1976 haben zu einer innenpolitischen Patt-Situation geführt (DC = 38% der Stimmen). In der westdeutschen Öffentlichkeit hat sich seitdem das Interesse verstärkt dem PCI und seiner Strategie des Historischen Kompromisses zuge-

28) Günter Kemmer, „Strompreise: Immer schneller höher“, in: „Die Zeit“ v. 25. 11. 1977.

29) Werner Meißner/Erich Hödl, Positive ökonomische Aspekte des Umweltschutzes, Westberlin 1977.

wandt. Während der Historische Kompromiß als *politische* Strategie – als neues Verhältnis des PCI zum Parlamentarismus, zum Pluralismus, zur Außenpolitik Italiens – diskutiert wird, tritt jedoch ein anderer Aspekt zu oft in den Hintergrund: Der Historische Kompromiß erhebt den Anspruch, die politische Antwort auch auf die ökonomische und soziale Krise Italiens zu sein, die nur mit seiner Hilfe zu bewältigen sei. Als Strategie des PCI hat sich der Historische Kompromiß ab 1971 und endgültig Ende 1973, nach dem Militärputsch in Chile, durchgesetzt. Nach dem Scheitern der Regierungsbündnisse von DC und PSI, der „Mitte-Links-Koalition“, hatte sich die soziale und politische Krise so zugespitzt, daß Lösungsmöglichkeiten für die sich verschärfende Wirtschaftskrise von den konservativen regierenden Parteien nicht zu erwarten waren.

Die Gewerkschaftsbewegung hatte zwar mit Erfolg die von den Mitte-Links-Regierungen versprochenen, aber nicht realisierten Strukturreformen wieder in die Diskussion gebracht, in Mobilisierungskampagnen auch einige Teilreformen (z. B. eine Neuregelung der Renten) in Gang gebracht, aber alle zentralen Forderungen – zum Gesundheits- und Bildungswesen, zur Verkehrsplanung, zu Stadtentwicklung und Wohnungsbau, zur Steuerpolitik – waren an der Hinhaltspolitik von DC, Regierung und Parlament mehr und mehr gescheitert. Die Gewerkschaften sehen ihre Erfolge auf diesen Gebieten als unzureichend und stagnierend an.

Als Bedingung der Krisenbewältigung fordert der Historische Kompromiß eine neue politische Konsensbildung im parlamentarischen System, die die außen- und innenpolitische Handlungsfähigkeit der Regierung garantieren und erweitern soll; diesen Konsens herzustellen, ist die unmittelbare Aufgabe, die allein den Weg aus der Krise eröffnen kann, und hierauf konzentriert sich der PCI. E. Krippendorff faßt die *außenpolitische* Absicht des Historischen Kompromisses in diesem Sinn zusammen: „Der Historische Kompromiß bedeutet also vor allem die Absicherung kommunistischer Regierungsbeteiligung nach außen, insbesondere gegenüber der Bundesrepublik: weder SPD noch CDU könnten ihren angedrohten ökonomischen Boykott mit all seinen unabsehbaren Konsequenzen für die westeuropäische Wirtschaft wahrmachen, wenn die DC mit den Kommunisten gemeinsam in der Regierung sitzt und der mächtige FIAT-Chef Agnelli dem Historischen Kompromiß seinen Segen gegeben hat.“¹⁾

Innenpolitisch steht für den PCI ein grundlegender Machtwechsel, eine Ablösung der DC also, genausowenig auf der Tagesordnung wie eine unmittelbare Überwindung des Kapitalismus, denn eine klassenkämpferische Konfrontation soll vermieden werden. Ein neuer und breiter innenpolitischer Konsens soll die Gewähr dafür bieten, daß ein anderes Entwicklungsmodell in Gang gesetzt werden kann, das die konjunkturelle und strukturelle Krise Italiens überwindet. Der erste unmittelbare Schritt in dieser Richtung wird in der gegenwärtigen Austeritätspolitik, der von der Regierung verordneten und mit dem PCI abgesprochenen Spar- und Verzichtspolitik, gesehen, für die der Hi-

1) E. Krippendorff, Italien: Der Historische Kompromiß, in: „Kursbuch“, 46/1976, S. 55 ff.; hier: S. 69.

storische Kompromiß die möglichst breite politische und soziale Zustimmung der Arbeiterklasse sucht. Auf einer Konferenz im Januar 1977 erklärte *E. Berlinguer*: „Die Austeritätspolitik ist heute nicht allein ein Instrument der Wirtschaftspolitik, auf das man zurückgreifen muß, um eine temporäre konjunkturelle Schwierigkeit zu überwinden, um den Wiederaufschwung und die Wiederherstellung der alten wirtschaftlichen und sozialen Mechanismen erlauben zu können. So wird die Austeritätspolitik von den herrschenden Gruppen und den konservativen politischen Kräften konzipiert und vorgestellt. Aber so gilt sie nicht für uns. Für uns ist die Austeritätspolitik das Mittel, um den Wurzeln eines Systems entgegenzutreten und die Basis zur Überwindung eines Systems zu legen, das in eine strukturelle und grundsätzliche, nicht in eine konjunkturelle Krise getreten ist, jenes Systems, dessen typische Charakterzüge die Vergeudung und Verschwendung sind, die Exaltierung von völlig ungezügelter Partikularismen und des Individualismus, des unsinnigsten Konsumismus. Die Austeritätspolitik bedeutet Strenge, Effizienz, Ernsthaftigkeit, und sie bedeutet Gerechtigkeit; also das Gegenteil von all dem, was wir bis jetzt gekannt und bezahlt haben, und was uns zur schwersten Krise geführt hat, deren Schäden sich seit Jahren häufen und die sich heute in Italien in ihrer ganzen dramatischen Tragweite zeigt.“²⁾

Letztlich gründet die Krise Italiens auf dem strukturellen Konflikt zwischen der Weltmarktintegration einerseits und der Lösung des Beschäftigungsproblems andererseits. Während in den 50er Jahren die Arbeitslosigkeit vor allem in der landwirtschaftlichen Bevölkerung des Südens bestand, überlagerte sie sich seit Beginn der 60er Jahre zunehmend mit der technologisch bedingten Freisetzung, die als Folge der intensiv erweiterten Reproduktion des Kapitals auftrat, die der norditalienischen Industrie durch die Konkurrenz in Westeuropa aufgezwungen wurde. In der augenblicklichen Situation steht – nach Ansicht des Wirtschaftswissenschaftlers *A. Graziani* – Italien erneut vor derselben dramatischen Alternative, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit bereits einmal entschieden werden mußte: „Gleichzeitig muß die italienische Wirtschaft eine tiefgreifende Umwandlung ihres produktiven Apparats angehen und das Beschäftigungsproblem lösen, ohne im selben Maß wie in der Vergangenheit auf die Auswanderung zählen zu können. . . . Italien findet sich ein weiteres Mal in der Wahl zwischen einer Zukunft der wirtschaftlichen Integration . . . und einer unabhängigeren, wenn auch langsameren Entwicklung.“³⁾

Während *A. Graziani* hier die Alternative eines protektionistischen Kurses anklingen läßt, lehnt der PCI diesen Weg grundsätzlich ab: Vor allem die Rohstoffabhängigkeit Italiens verbietet eine Abschließung des italienischen Wirtschaftsraums, die, abgesehen davon, wegen der Mitgliedschaft Italiens in der EG, wegen seiner vertraglichen Bindungen kaum zu realisieren ist. Wenn der außenwirtschaftliche Weg des Protektionismus aber verschlossen ist, dann muß die Vereinbarkeit von Weltmarktintegration und Beschäftigungs-

2) *E. Berlinguer*, *Austerità, occasione per trasformare l'Italia*, Rom 1977, S. 13.

3) *A. Graziani*, *Mercato interno e relazioni internazionali*, in: *L'Italia Contemporanea 1945–1975*. A Cura di *V. Castronovo*, Turin 1976, S. 307 ff., hier: S. 334.

ausweitung über die innere Wirtschaftspolitik versucht werden, und eine Alternative zur Austeritätspolitik scheint kurzfristig ausgeschlossen.

Welchen Inhalt aber hat diese Politik? Wiederherstellung der Rentabilität des Kapitals ist die Aufgabe. So soll die italienische Industrie modernisiert und im europäischen Maßstab wieder konkurrenzfähig werden. Die Sanierung der Staatsfinanzen hilft hierbei nur soweit, wie sie inflationäre Tendenzen dämpft. Entscheidend ist der Abbau des von den Löhnen ausgehenden Drucks auf die Profitrate. Im letzten Winter wurde deshalb die Senkung bzw. Begrenzung im weiteren Steigen des „costo del lavoro“, der Bruttolohnkosten, durchgesetzt, eine Maßnahme, die als Bedingung für einen Kredit vom Internationalen Währungsfonds gesetzt worden war. Gegenüber dieser Politik ergibt sich „die Schwierigkeit für Gewerkschaften und Arbeiterparteien . . . daraus, daß es auf kapitalistischer Grundlage bei starker Verflechtung in den kapitalistischen Weltmarkt kurzfristig keine andere Lösung des Problems (zwischen Weltmarktintegration und Abbau der Arbeitslosigkeit als dem Kern der Krise, d. Verf.) gibt und daher Kapital und Regierung die ‚Logik der Sachzwänge‘ auf ihrer Seite haben“⁴⁾.

II

Die Gewerkschaften sind als die Organisationen der Arbeiter und Angestellten von der Politik des PCI, die die Sparpolitik der Regierung G. Andreottis erst durchsetzbar macht, in ihrer Arbeit direkt betroffen. Die Maßnahmen, die die Inflation begrenzen sollen, können dieses Ziel nur langfristig erreichen; kurzfristig bedeuten sie durch die Kürzung der Staatsausgaben eine weitere Vertagung selbst der dringendsten Reformen bis auf ungewisse Zeit und durch Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst und Kürzung der öffentlichen Aufträge weitere Arbeitslose, z. B. in der Bauindustrie. Darüber hinaus bewirken sie auch in der Privatwirtschaft wegen der restriktiven Geldpolitik ebenfalls eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit anstelle der dringend notwendigen und von PCI und Gewerkschaften geforderten Schaffung von Arbeitsplätzen durch Investitionen. Die Einkommenspolitik der Regierung greift das System der gleitenden Lohnskala, des Inflationsausgleichs für Löhne und Gehälter, an; doch konnte dieses System grundsätzlich von den Gewerkschaften verteidigt werden. Eine Aussetzung der Anpassung an die Inflationsrate konnte von der vereinten Front von Regierung und Unternehmern nur für Einkommen über 6 Mio. Lire im Jahr (= 16 000 bis 18 000 DM) durchgesetzt werden, trifft damit aber bereits viele Angestellte. Weder Gewerkschaften noch linke Parteien haben in der Diskussion um den „costo del lavoro“ eine eigene offensive Position vertreten. Dies gilt auch für die linken Gruppen, die die einzigen sind, die die PCI-Politik offen wegen der Vernachlässigung der Interessen der Arbeiterklasse kritisieren.

Die Gewerkschaften sehen sich 1976/77 in einer grundsätzlich anderen Lage als in dem Kampfzyklus der Jahre ab 1968/69 und in der erfolgreichen Tarif-

4) R. Genth/E. Altwater, Eurokommunismus als Strategie in der Wirtschaftskrise in Italien, in: „Prokla“, 26/1976, und 27/1977, hier 26, S. 83.

bewegung von 1973. Sie stehen vor einer ungleich komplexeren Situation als die Parteien: sie müssen einerseits mit einer gravierenden Verschlechterung ihrer Aktionsmöglichkeiten auf in ihrem ureigensten Gebiet, der Verteidigung der Arbeitsplätze und in der Tarifpolitik fertig werden; zugleich müssen sie sich mit einem Kurswechsel der stärksten politischen Partei der Arbeiterbewegung auseinandersetzen: sie müssen auf die Krise *und* auf den Historischen Kompromiß reagieren.

Warum können die Gewerkschaften sich nicht mit den Auswirkungen der Krise und mit dem Historischen Kompromiß offensiv auseinandersetzen, indem sie eine eigenständige wirtschafts- und sozialpolitische Alternative entwickeln? Zunächst gilt, daß in der Krise bei steigender Arbeitslosigkeit durch die Verschärfung der Konkurrenz der Arbeiter untereinander und durch die Verkleinerung des finanziellen Spielraums der Unternehmer die Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften generell eingeschränkt sind. Unter solchen Bedingungen nehmen gewerkschaftliche Aktionen nur ausnahmsweise offensiven Charakter an; die Regel sind Abwehrkämpfe gegen Entlassungen oder Betriebsschließungen, gegen Übergriffe der Unternehmer, die die Arbeitsmarktlage ausnutzen, um frühere Erfolge rückgängig zu machen. Dies gilt in Italien schon für die nationale Tarifbewegung 1976, in der im wesentlichen nur früher erreichte Positionen abgesichert und verallgemeinert und durch Lohnerhöhungen Reallohnneinbußen verhindert werden konnten. Auch die betrieblichen Forderungen, die ab Herbst 1976 aufgestellt wurden, hatten zum Ziel, der Verschlechterung der Lebensbedingungen entgegenzuwirken. Im Unterschied dazu konnten in der vorletzten allgemeinen Tarifbewegung (1973), die in einem relativen Konjunkturoberhoch ausgetragen wurde, noch einschneidende Verbesserungen, was die Einstufung in Lohngruppen und die Arbeitsbedingungen anging, erkämpft werden. Trotzdem werten die Gewerkschaften das Ergebnis von 1976 als einen Erfolg. Denn sie konnten vor allem zwei entscheidende Forderungen der Arbeitgeber zurückweisen: Einmal sollten nämlich die Lohnerhöhungen an geringe Fehlzeiten gebunden werden; das hätte die Gewerkschaften in den Kampf gegen den Absentismus eingespannt. Zum zweiten sollten die Gewerkschaften auf die die nationale Tarifbewegung ergänzenden betrieblichen Verhandlungen verzichten; damit wäre eine Voraussetzung der Dezentralisierung und Demokratisierung der Gewerkschaften in Frage gestellt worden. Diese Forderung bedeutete einen Angriff auf einen wichtigen organisationsinternen Erfolg der Basisbewegung.

Die zwischen 1968 und 1971 entstandenen einheitlichen gewerkschaftlichen Basisstrukturen im Betrieb, Delegierte und Fabrikräte, die die betrieblichen Strukturen der drei Richtungsgewerkschaften abgelöst haben, funktionieren heute noch. Diese Institutionen, die die betrieblichen Verhandlungen im wesentlichen tragen, wurden in der Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern mitverteidigt. Doch kann man schon seit etwa 1972 beobachten, daß die angestrebten weiteren organisatorischen Veränderungen in Richtung auf Demokratisierung und Vereinheitlichung auch oberhalb der betrieblichen Ebene von den sie vertretenden Gruppen (vor allem in den Industriegewerkschaften)

nicht mehr durchgesetzt werden konnten. Die organische Einheit der Gewerkschaften konnte wegen der bei Rückgang der Kämpfe wieder an Bedeutung gewinnenden zwischen- und innergewerkschaftlichen Differenzen nicht realisiert werden. Statt der Ausdehnung des unitarischen Prinzips von unten nach oben, schlossen sich die Gewerkschaftsbünde zu einer formalen Föderation zusammen, die aber immerhin die Aktionseinheit gegenüber Regierung und Unternehmerverbänden sichert. Die Beibehaltung der alten Organisationsstruktur in den Einzelgewerkschaften und den lokalen Untergliederungen der Gewerkschaftsbünde (der sogenannten „horizontalen Ebene“) führte zu einer „Normalisierung“ auch in den Fabrikräten; die Verwirklichung basisdemokratischer Grundsätze, wie etwa der Rotation der Ämter, blieb die Ausnahme. Die gewerkschaftliche Hierarchie oberhalb der Betriebe spielte sich wieder ein, die Initiative, die im Kampfzyklus sowohl von den Betrieben als auch vom gewerkschaftlichen Apparat ausging, sich wechselweise verstärkte, ging wieder an den Apparat über.

Diese Entwicklung ist heute für die Politik der Gewerkschaften unter den Bedingungen der Krise und in Auseinandersetzung mit dem Historischen Kompromiß von Bedeutung, weil diese „Normalisierung“ einherging mit einem Nachlassen der Beteiligung und Eigeninitiative der Arbeiter und Angestellten. Das Kampfniveau ist zwar nach wie vor sehr hoch, wie an zahllosen Einzelkonflikten, betrieblichen Verhandlungen, Verhinderungen von Entlassungen, Betriebsbesetzungen und Solidaritätsstreiks gezeigt werden könnte. Dennoch ist – vor allem für überbetriebliche Kampfmaßnahmen – die Mobilisierung ungleich schwerer als vor einigen Jahren; weil die innergewerkschaftliche Demokratisierung stagniert, der Einheitsprozeß und die Ausdehnung der Rätestrukturen gescheitert sind, hat sich das Engagement geschwächt. Es ist sicher richtig, daß 1969/70 die Gewerkschaftsbewegung diejenige gesellschaftliche Kraft war, die entscheidende Veränderungsinitiativen gegeben hat. Über bedeutende Lohnerhöhungen hinaus hat sie Zugeständnisse mit weitreichender Wirkung, das Arbeiterstatut und die Dezentralisierung der Tarifpolitik durch das Recht auf betriebliche Verhandlungen erreicht. Spätestens Ende 1970 verlagerte sich das Gesetz des Handelns jedoch wieder in die politische Sphäre.

Flankiert von der „Strategie der Spannung“ der Faschisten und politischer Repression, setzten die Unternehmer Kapitalflucht und Investitionsverweigerung als zusätzliche Druckmittel zu den ersten auftretenden Krisenphänomenen ein, um die Gewerkschaften in die Defensive zu drängen. Regierung und lokale Verwaltungen widersetzten sich den Aktionen linker Gruppen und von Teilen der Gewerkschaften, die mit dem Selbstverständnis der „neuen Gewerkschaft“ den herkömmlichen Aufgabenbereich der Gewerkschaften erweiterten und das traditionelle Politikverständnis der Parteien irritierten. Indem sie den Zusammenhang von Produktions- und Reproduktionsbedingungen der Arbeiterklasse thematisierten, gingen sie über den Bereich des Betriebs hinaus. Mit den Versuchen zur selbstorganisierten Stadtteilarbeit, mit Wohnungsbesetzungen und alternativen Freizeit- und Kulturangeboten, mit Ansätzen zur Preiskontrolle und mit der Einbeziehung von Hausfrauen, Ju-

gendlichen und Alten sollte die Bewegung in den Betrieben erweitert und ergänzt werden. Diese Aktivitäten stärkten den gewerkschaftlichen Kampf für die sozialen Strukturreformen, sie verbanden die zentralen Mobilisierungen (Generalstreiks u. ä.) mit dezentralisierten und selbstorganisierten Kampfformen.

Für die Gewerkschaften bedeutete die Unterdrückung bzw. das Scheitern dieser Aktionsformen eine Zurückführung des Handlungsradius im wesentlichen auf betriebsbezogene Gewerkschaftspolitik. Die Vertretung der Reformforderungen verlagerte sich in der Folge immer mehr zu den Spitzengremien der Gewerkschaften hin, die Eigeninitiative der Basis schwand. Mit der Verlagerung in die Kompetenz der Gewerkschaftsführung entstand eine Diskrepanz zwischen der nach wie vor vorhandenen Stärke der Gewerkschaften in der Durchsetzung tarifpolitischer und betriebsspezifischer Forderungen, für die die Mobilisierbarkeit und Initiative der Arbeiter und Angestellten vorhanden sind, und ihrer allgemeinpolitischen Schwäche. Diese Schwäche drückt sich in der untergeordneten Rolle aus, die die Gewerkschaften bei Verhandlungen mit der Regierung, den Parteien und den Unternehmerverbänden spielen. Probleme der Wirtschaftspolitik, der Reformen, der öffentlichen Investitionen und konkrete Regierungsmaßnahmen wie neuerdings das – unzureichende – Arbeitsbeschaffungsprogramm für arbeitslose Jugendliche werden zunächst in der Regierung und (wie zur Zeit) zwischen der DC und den anderen Parteien und mit den Unternehmern diskutiert; die Gewerkschaften werden lediglich angehört, sie konnten ihre Forderungen bisher nicht durchsetzen.

Die Parteien versuchen, seit dem Rückgang der Bewegung Anfang der 70er Jahre verlorenen Boden in den Gewerkschaften wiederzugewinnen: PCI und PSI sowohl in der Mitgliedschaft durch Aktivierung ihrer Betriebsgruppen als auch in der Gewerkschaftsführung durch Reorganisation und personelle Veränderungen der Fraktionen; die DC über ihre Fraktion in der CISL. Das Scheitern der organischen Gewerkschaftseinheit Anfang 1972 war schon indirekt auf den wieder steigenden Einfluß der Parteien zurückzuführen, vor allem natürlich derjenigen, die sich in die Minderheit gedrängt sahen. Nur die Metallgewerkschaften konnten sich 1971/72 dem Einspruch der Parteien noch entziehen und formell eine Einheitsgewerkschaft, die FLM, bilden.

Die Austeritätspolitik fordert von den Gewerkschaften über die Akzeptierung der zentral beschlossenen Maßnahmen – Verlegung von Feiertagen, um das „Blaumachen“ zu erschweren, Modifizierung der scala mobile, Tarifierhöhungen öffentlicher Dienstleistungen, Benzinpreiserhöhung – hinaus, die Verzichtspolitik auf Fabriksebene zu vertreten. Ohne diese Ausdehnung der Austeritätsstrategie auf das Forderungsniveau der Gewerkschaften im Betrieb wäre ihr Effekt bald verpufft. Die Gewerkschaftsbewegung als Ganze akzeptiert dies als Rahmenbedingung der allgemeinen wie der betrieblichen Politik. Der offizielle Aufruf der Föderation für die regionalen Generalstreiks im Oktober 1976, mit denen das gewerkschaftliche Programm der wirtschaftlichen und sozialen Reformen unterstützt werden sollte, beginnt mit folgen-

den Absätzen: „Einschränkung des Konsums und Ausdehnung der Investitionen müssen sich entsprechen, um die Steigerung der Beschäftigung zu bewirken, vor allem im Süden. Die Verzichtspolitik und die Opfer müssen dem Einkommen entsprechend auf die ganze Bevölkerung verteilt werden.“⁵⁾

Dennoch haben sich viele Belegschaften bei der Aufstellung der Einzelforderungen für die betrieblichen Verhandlungen, etwa der empfohlenen Obergrenze des zu fordernden Geldbetrags, dem Druck nicht gebeugt. Besonders in Norditalien nämlich stiegen 1976 bis Frühjahr 1977 die Profite wegen der gestiegenen Arbeitsproduktivität, die bei gesunkener Gesamtbeschäftigung allein schon aus dem Rückgang des Absentismus folgte. Gerade in den norditalienischen Großbetrieben konzentriert sich eine unterschiedlich starke Opposition gegen die Linie der Gewerkschaftsbünde; sie hat Schwerpunkte, zum Teil lokale Mehrheiten, in den Industriegewerkschaften, landesweit bildet sie eine Minderheit. Diese Opposition setzt sich zusammen aus Mitgliedern und Sympathisanten von PSI und Democrazia Proletaria (DP), die den historischen Kompromiß, nicht den PCI, ablehnen, und – zum größten Teil – aus parteipolitisch nicht gebundenen Gewerkschaftern, die die Aufrechterhaltung der „harten“ Interessenvertretung fordern. Von dieser Seite wird der Vorwurf erhoben, die Gewerkschaften, vor allem die CGIL, würden von PCI für die Regierungspolitik instrumentalisiert. In jenen Gebieten und Industriezweigen, wo diese Opposition stark ist, zeigt sich die Gefahr einer Polarisierung zwischen den Gewerkschaftsbünden – der größte Teil der CGIL auf der einen und Teile der CISL und der UIL auf der anderen Seite –, die punktuell sogar die Aktionseinheit in Frage stellt.

III

Diese Auseinandersetzungen bestimmten die Vorbereitungen für die nationalen Kongresse, die die Gewerkschaften CGIL, CISL und UIL in diesem Sommer abhielten. Im Bereich der wirtschafts- und sozialpolitischen Forderungen der Gewerkschaften war nur eine Bestätigung und Bekräftigung der bisherigen Linie zu erwarten: Im Rahmen einer gesamtgesellschaftlichen Programmierung müßten endlich die Beschäftigung ausgedehnt, die produktive Basis in Industrie und Landwirtschaft erweitert und neue Investitionen in Süditalien vorgenommen werden. Delikater hingegen versprach die Diskussion um die gewerkschaftliche Autonomie, die Unabhängigkeit von den politischen Parteien, zu werden. Konservative Kräfte mögen gehofft haben, daß sich in dieser Debatte über den Vorwurf, die Gewerkschaften würden durch den PCI instrumentalisiert, Widerstand gegenüber den Gewerkschaftsspitzen artikuliert, der das innergewerkschaftliche und schließlich auch das innenpolitische Gewicht des PCI schwächen könnte. Diese Hoffnung wurde jedoch enttäuscht. Die Debatte verstand sich nicht als Austragung abstrakter „Flügelkämpfe“. Vielmehr wurden Positionen präzisiert, die innerhalb der Arbeiterbewegung bestehen und die die ökonomische und politische Lage unterschiedlich beurteilen, die aber dennoch grundsätzlich von dem Bewußtsein

⁵⁾ „Rassegna Sindacale“, 370, 28. 10. 1976.

getragen sind, daß nur die Einheit die notwendige politische Rolle der Gewerkschaftsbewegung im Leben Italiens garantieren kann. Die Diskussion über die gewerkschaftliche Autonomie forderte nicht parteipolitische Unabhängigkeit als Abstinenz oder Agnostizismus, sondern es ging ihr darum, das Verhältnis zwischen gewerkschaftlichen und parteipolitischen Initiativen, das Verhältnis von Gewerkschaft und Parteien der Arbeiterklasse in der gegebenen Situation zu konkretisieren.

Die CGIL eröffnete die Serie der nationalen Kongresse. In Rimini fand vom 6. bis 11. Juni der 9. nationale Kongreß statt. Unter den Delegierten waren der PCI mit 55–56%, der PSI mit 32–33% und die DP mit 5–6% vertreten. Der Generalsekretär L. Lama begann seine Eröffnungsrede mit einer Selbstkritik, denn die Ziele des letzten Kongresses von 1973, als Vollbeschäftigung, die Entwicklung des Südens und der Ausgleich regionaler und sozialer Ungleichgewichte gefordert wurden, konnten nicht erreicht werden. Er bekräftigte die Notwendigkeit einer gesamtgesellschaftlichen Programmierung der Wirtschafts- und Investitionspolitik. In seiner politischen Aussage ging L. Lama davon aus, daß eine Änderung der Wirtschaftspolitik nur durch eine politische Wende zu erzielen ist. „Die Erfahrung dieser Jahre zeigt, daß der Vorschlag einer Wirtschaftspolitik und von Reformen, der von der Gewerkschaft vorgelegt wurde, nicht zu verwirklichen ist, wenn nicht präzise Entscheidungen getroffen und angemessene Maßnahmen von seiten der Regierung und einer parlamentarischen Mehrheit angewandt werden, die imstande ist, diese Politik kohärent zu unterstützen und Widerstände gegen sie zu überwinden. Das zentrale Problem, das die Gewerkschaft heute zu lösen sich gezwungen sieht, ist deshalb verbunden mit der Herstellung externer Bedingungen, auch politischer Bedingungen, die den Vorschlag einer neuen wirtschaftlichen, produktiven und sozialen Ordnung für das Land zu verfolgen möglich machen.“⁶⁾

Niemand widersprach L. Lama darin, daß eine Regierung, die nach links offen ist, auch für die Gewerkschaft einen Schritt vorwärts bedeutet. Jedoch drückten die Vertreter der Minderheitenströmungen die Sorge aus, daß sich die CGIL zu stark an die Strategie des PCI binde.

M. Didò (PSI) warnte, daß trotz der formalen Öffnung des politischen Systems nach links eine restaurative Politik durchgesetzt werde, die schließlich die von den Gewerkschaften geforderte Restrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft unmöglich machen könne. Wenn nicht bereits die aktuelle Wirtschaftspolitik beeinflußt werde, dann werde ein weiteres Abwarten statt dessen zu einer nur den Marktgesetzen folgenden „wilden Restrukturierung“ führen. Er erinnerte an die Erfahrungen der Mitte-Links-Regierungen der 60er Jahre, unter Einschluß des PSI, deren positive Ansätze im Bereich der Programmierungspolitik nicht hatten realisiert werden können, weil der ausschlaggebende Druck auf die alte herrschende politische Klasse fehlte. E. Giovannini (DP) sah die Gefahr, daß die CGIL zu einem Instrument wird,

6) Temi per il dibattito congressuale, in: „rassegna sindacale“, settimanale della CGIL (XXIII), suppl. al Nr. 2, 20 genn. 1977, S. 10.

das nur noch den Konsens der Massen zu einer allein zwischen den Parteien entschiedenen Politik organisieren soll. Er warf die Frage auf, wie sich die CGIL bei einem Regierungseintritt des PCI verhalten solle. Die Minderheiten von PSI und DP wollen die Autonomie der CGIL sichern, indem sie versuchen, die Haltung der Gewerkschaft so weit wie möglich an ein eigenes konkretes wirtschaftliches und soziales Programm zu binden. Unabhängig von politischen Veränderungen soll dieses Programm verfolgt werden, und es soll zugleich die Kriterien enthalten, nach denen die Regierungstätigkeit beurteilt wird. *A. Marianetti* (PSI) beschrieb das gewerkschaftliche Dilemma so: Entweder wird die Gewerkschaft Protagonist der Politik, die die Krise Italiens überwindet, oder sie wird an den Rand des politischen und gesellschaftlichen Lebens gedrängt. Sie wird Protagonist der Entwicklung sein, wenn sie ein eigenes Programm vorlegt, sie wird aber in eine subalterne Rolle gedrängt und langfristig geschwächt, wenn sie sich in Wartestellung begibt gegenüber den Entwicklungen des politischen Systems.

In der einstimmig verabschiedeten Schlußresolution des Kongresses wurden die wirtschaftspolitischen Forderungen bestätigt. Ihr politischer Teil läßt jedoch die unterschiedlichen Interpretationen über die Bedeutung des Forderungsprogramms und über das Verhältnis zum politischen System weiter zu. Der Gewerkschaftsjournalist *S. Rivelli* faßte sie für die beiden Hauptströmungen der CGIL so zusammen: „Die Kommunisten in der CGIL wünschen eine Veränderung des politischen Systems mit einer Erweiterung der Regierungsmehrheit nach links; sie versichern die Autonomie der Gewerkschaft und die Notwendigkeit, ein Programm zu formulieren, das den politischen Kräften des Landes zur Überwindung der Wirtschaftskrise und zur Änderung der Gesellschaft vorgelegt werden soll. Auch die Sozialisten in der CGIL wünschen eine Veränderung des politischen Systems mit einer Erweiterung der Regierungsmehrheit nach links, aber sie fürchten, daß die Gewerkschaften, und besonders die CGIL, benutzt – manche sagen instrumentalisiert – werden könne, um den Eintritt der kommunistischen Partei in die Regierung zu erleichtern. Aus diesem Grund bestehen sie darauf, daß die Autonomie der Gewerkschaft durch die Formulierung eines klaren wirtschaftlichen und sozialen Programms gestärkt wird, das auch die Gewerkschaft selbst in ihrem Verhältnis zu den politischen Kräften näher bestimmt.“⁷⁾

Die CISL hielt ihren 8. nationalen Kongreß vom 14. bis 18. Juni in Rom ab. Für die Debatte lagen zwei Thesenpapiere vor. Eine Minderheit um *F. Marini* und den Sekretär der Landarbeitergewerkschaft *P. Sartori* hatte Gegenthesen vorgelegt. *F. Marini* wandte sich dagegen, daß das programmatische Abkommen zwischen den Parteien, mit dem gerade zu dieser Zeit eine parlamentarische Mehrheit für das Minderheitenkabinett *G. Andreottis* geschaffen werden sollte, auch von den Gewerkschaften abgesegnet wird. „Das würde bedeuten, aus der Gewerkschaft eine siebte Partei werden zu lassen. . . . Uns beunruhigt an der Rede Lamas und an der Art, wie die CGIL ihren eigenen Kongreß über die politische Lage geschlossen hat, daß das Prestige der Ge-

7) „Corriere della Sera“ v. 11. 6. 1977, S. 2.

werkschaft benutzt wird für eine direkte Einschaltung in das politische Kräfteverhältnis, für eine politische Richtung, die die der Linie des Historischen Kompromisses ist . . . und gegenüber der in der CISL viele Reserven bestehen.“⁸⁾ Diese Opposition hatte ihre Basis zunächst in den DC-Mitgliedern der CISL, zu denen auch die Verfasser der Gegenthesen gehören und die in erster Linie die Minderheitenregierung *G. Andreottis* schützen wollen. Aber dieser Widerstand reflektiert auch bestimmte organisatorische Besonderheiten der CISL. Stärker als die CGIL, deren Mitgliedschaft in der norditalienischen Arbeiterklasse konzentriert ist, organisiert die CISL viele Südtaliener und besonders Landarbeiter; dies gibt der „katholischen Inspiration“ der CISL auch heute noch eine objektive soziale Basis, und es erklärt darüber die Verbindung vieler ihrer Mitglieder zur DC. Zum zweiten steht die CISL als Organisation für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stärker als die CGIL in Konkurrenz zu einer Vielzahl von sogenannten autonomen Gewerkschaften, die nicht der Föderation von CGIL-CISL-UIL angehören. Bedeutsam unter ihnen sind die Gewerkschaften der Eisenbahner, viele sind nur lokal und auf eng begrenzte Berufsgruppen beschränkt. Sie reflektieren eine Mittelschichtenmentalität, die grundsätzlich gegen den „roten Syndikalismus“ eingestellt ist, auch wenn sie ihre Gruppeninteressen teilweise mit avantgardistischen Argumenten vertreten. Die Ideologie und Militanz dieser autonomen Gewerkschaften, die vielfach das Bild vom „streikfreudigen“ Italien prägen, drängt die CISL oft auf Distanz zur CGIL, um nicht Mitglieder zu verlieren.

Die Thesen, die von der knappen linken Mehrheit des Kongresses getragen wurden, sind Ausdruck der norditalienischen und besonders der Mailänder und Turiner Gruppen. Sie werden von der Metall- und Chemiegewerkschaft unterstützt, ihr wichtigster Exponent ist der Metallgewerkschafter *P. Carniti*. In der Selbstkritik dieser Mehrheitsthese wurde die bisherige unzureichende Reformpolitik für „eine Verstärkung korporativistischer Tendenzen, der Gruppenegoismen, eine tiefe Involution des demokratischen Lebens, das Anwachsen der Ungleichheiten und der Zonen gesellschaftlicher Marginalisierung“ verantwortlich gemacht⁹⁾. Um diese Lage zu verändern, müssen sowohl die Isolierung der Gewerkschaft wie ihre Abhängigkeit und Subordination vermieden werden. „In der aktuellen politischen Situation, in der die Angriffe und die Drohungen auf die Gewerkschaftsautonomie offener vorgetragen werden, genauso wie die Versuche, die Gewerkschaft auf eine Hilfskraft der Parteien zu reduzieren, . . . bleibt die Autonomie ein Grunderfordernis des Gewerkschaftslebens. Sich für die Autonomie einzusetzen, bedeutet jedoch nicht, sich darauf zu beschränken, die Gewerkschaft vor externen Einmischungen und den formalen Pluralismus der Positionen zu verteidigen. Die Autonomie impliziert, daß die politische Verarbeitung im Innern der Gewerkschaft . . . mit induktiver Methode und folglich nicht dogmatisch, in einer Anstrengung kollektiver Suche, die Notwendigkeit angeht, in Übereinstimmung mit den bestehenden Prinzipien einen eigenen Plan auszuarbeiten, um den Bereich aller Probleme der Arbeiter abzudecken, und dabei gleichzeitig die Pro-

8) „Corriere della Sera“ v. 14. 6. 1977, S. 2.

9) Tesi 1, in: „Conquiste del lavoro“, settimanale della CISL, Nr. 78, 14. 3. 1977, S. 5.

bleme der Lebensverhältnisse und Interessen der marginalisierten Schichten und der Volksmassen zu übernehmen.“¹⁰⁾

L. Macario, amtierender Sekretär der CISL nach dem Rücktritt von B. Storti, war bemüht, einen Bruch sowohl innerhalb der CISL wie gegenüber der CGIL und der UIL zu verhindern. Er sprach von einer „gewerkschaftlichen Linie der Arbeiterklasse“, die zu verfolgen sei. Danach darf sich die Gewerkschaft nicht für bestimmte Regierungsformeln aussprechen, denn dann bände sie ihr Schicksal an Erfolg oder Mißerfolg der Regierungsparteien. „Die Gewerkschaft wird nicht zur siebten Partei, noch betritt sie Gebiete, die ihr nicht zustehen.“¹¹⁾ Während L. Macario damit die Opposition der Minderheit beruhigen konnte, ließ er für die Debatte offen, wie die Felder zu bestimmen sind, auf denen die Gewerkschaft ihre autonome Rolle zu spielen hat. P. Carniti nutzte diesen Raum, um gegen den wieder auflebenden Widerstand der Minderheit eine Konzeption vorzulegen, nach der die Gewerkschaft und ihre Aktionen aggressiver und verstärkt auf die Schwierigkeiten in den Betrieben antworten müssen. Er bestand auf Kämpfen, in denen Investitionen, die industrielle Umwandlung, die Entwicklung des Südens, die Ausdehnung der Beschäftigung und vor allem die Verbesserung der Lage der marginalisierten Schichten, besonders der Frauen, Jugendlichen und Unterbeschäftigten, gefordert und erreicht werden.

Ein Bruch innerhalb der CISL bahnte sich an, als P. Carniti zwei Listen für die am Ende des Kongresses anstehende Wahl des Generalrats verlangte, um so das innere Kräfteverhältnis zahlenmäßig dokumentiert zu sehen. Die Minderheit um F. Martini war für eine Einheitsliste, in der vorab ein Ausgleich zwischen Mehrheit und Minderheit sowohl dem Inhalt wie der personellen Postenverteilung nach vorgenommen werden sollte. L. Macario, der zwar der Linken nahesteht, befürwortete die Einheitsliste, denn wenn seine Wahl zum Generalsekretär nur mit einer knappen Mehrheit über die Liste P. Carnitis und gegen die Stimmen der Minderheitenliste erfolgt wäre, dann würde seine Integrationskraft und -fähigkeit geschwächt und die innere Einheit der CISL auch für die Zeit nach dem Kongreß bedroht. Aber auch die Vermittlungsversuche, die er noch in letzter Minute unternahm, scheiterten. Nach einer immer polemischeren Debatte, in der die inhaltlichen Ziele von der Konfrontation überdeckt wurden, wurden schließlich zwei Resolutionen zur Abstimmung vorgelegt. Ihnen entsprachen zwei Listen mit den Namen der Gewerkschafter, die den neuen Generalrat bilden sollen. Die Liste Carniti-Macario gewann überraschend hoch mit 60% der Stimmen der knapp 1000 Delegierten. Damit wurde eine Resolution angenommen, in deren politischer Aussage es heißt: „Die CISL betrachtet das Regierungsprogramm (über das die Parteien im Sommer verhandelten, d. Verf.) als Terrain der Begegnung und des Kampfes, und in diesem Sinn verweigert sie jede Unterordnung oder vorbeugende Unterstützung für Regierungsformeln und -aufstellungen: nicht aus politischem Agnostizismus heraus, sondern aus der Überzeugung, daß die alltägliche Gewerkschaftsaktion selbst wesentlicher Teil der Politik ist und, wenn sie nicht

10) Tesi 1, a.a.O., S. 30.

11) „Corriere della Sera“ v. 15. 6. 1977, S. 2.

reine Kanalisierung des Massenkonsens wird, ist sie die Garantie für die Erweiterung einer substantiellen Demokratie und für die Realisierung einer positiven Beziehung zu den politischen Institutionen, gegenüber jeder Form von Autoritarismus, Konformismus und Passivität.“¹²⁾

IV

Die Gewerkschaften sind in der aktuellen Krise mit einer für Italien spezifischen Entwicklung, der Dezentralisierung der Produktion in den letzten Jahren, konfrontiert. In Italien war der Anteil der in Heimarbeit, die häufig zugleich Schwarzarbeit ist, produzierten Güter immer schon höher als in anderen Ländern. Nachdem in den letzten Jahren kampfstarke Belegschaften von Groß- und Mittelbetrieben einschneidende Lohnerhöhungen, Einfluß auf die Arbeitsbedingungen, soziale Verbesserungen und Rechte für die Gewerkschaften im Betrieb erkämpft haben, werden von vielen Unternehmern systematisch Teile der Produktion in Heimarbeit oder an Kleinbetriebe in Auftrag gegeben und die eigene Produktion entsprechend reduziert. Auf die Löhne, Arbeitsbedingungen, sozialen und gewerkschaftlichen Rechte dieser Arbeiter haben weder der Fabrikrat der auftraggebenden Firma noch die Gewerkschaften Einfluß, weil die Bereiche der Heimarbeit und der zahllosen Kleinbetriebe bisher nur in sehr geringem Maße organisiert sind.

Diese Strategie der Unternehmer hat für die Gewerkschaftsbewegung in mehrfacher Hinsicht negative Auswirkungen. Zum einen werden die Belegschaften der Groß- und Mittelbetriebe im Norden geschwächt. In diesen Betrieben hat jedoch immer die Basis der Kampfkraft der Gewerkschaften gelegen, und sie sind auch der Kern der jetzigen Abwehrkämpfe. Deshalb fordern die Gewerkschaften in diesen Betrieben eine Aufrechterhaltung der Beschäftigungszahl durch feste Neueinstellung für alle Abgänge, um das weitere Absinken der Zahl der fest Beschäftigten zu verhindern. Die Heimarbeiter und auch die in den Fremdfirmen Beschäftigten sind völlig von der Produktionsstrategie des Unternehmens abhängig, was die Dauer ihrer Beschäftigung und ihre Arbeitsbedingungen betrifft; sie sind sozial weit weniger abgesichert als andere Arbeiter und schwerer organisierbar. Diese Faktoren bedeuten schon für sich genommen eine Schwächung der Gewerkschaftsbewegung. Diese prekär Beschäftigten bilden zusammen mit den Arbeitslosen – davon allein über eine Million arbeitslose Jugendliche – ein Millionenheer von „emarginati“, gesellschaftlich marginalisierten, an den Rand gedrängten Menschen, für die zur Zeit selbst der seit der Jahrhundertwende übliche Weg der Emigration verschlossen ist.

So ist es nicht übertrieben, von einer tendenziellen Spaltung der Arbeiterklasse zu sprechen, die zu einem Zerfall der Arbeiterbewegung in einzelne Gruppen führen kann. Ansätze zur Organisierung in Gruppen, etwa als Arbeitslose, als Jugendliche oder als Frauen, in Abgrenzung von den anderen – den beschäftigten Arbeitern und von den Gewerkschaften – sind bereits vorhanden: ein quasi korporativistischer Zerfall der Gesellschaft, der in Italien

12) „Corriere della Sera“ v. 19. 6. 1977, S. 2.

eine Tradition hat. Nach der Vereinheitlichung der Arbeiterbewegung nach 1968/69 bedeuten diese Spaltungstendenzen, die überdies noch weitgehend durch den Nord-Süd-Gegensatz (überwiegende Beschäftigungs- gegen überwiegende Arbeitslosigkeits-Region) verstärkt werden, eine Herausforderung für die Gewerkschaften. Eine Zersplitterung der Abwehrkämpfe gegen die Auswirkungen der Krise und ein Gegeneinander innerhalb der Arbeiterbewegung könnte zu einer historischen Niederlage führen. Die Vertretung der Interessen der gesamten Arbeiterklasse, auch der Arbeitslosen, ist ein traditionell von den Gewerkschaften vertretener Anspruch. Aktuell stehen sie vor der Aufgabe, ein organisatorisches Konzept zur Einlösung dieses Anspruchs zu entwickeln, denn die Industriegewerkschaften, die ihre – beschäftigten – Mitglieder in einem Industriezweig vertreten, sind dazu nicht in der Lage. Angestrebt wird eine Stärkung der unteren horizontalen Ebene, der lokalen und regionalen Strukturen der Gewerkschaftsbünde, um unabhängig von den Problemen und Interessen einer Branche die Interessen von Arbeitslosen, Jugendlichen und prekär Beschäftigten gemeinsam vertreten zu können. Trotz solcher Ansätze müssen die Gewerkschaften beunruhigt bleiben, weil sich Passivität und Resignation weiter auszubreiten scheinen.

Aber in den Fabriken haben die Gewerkschaften keine vorwärtstreibende Strategie entwickeln können. Die Verteidigung der bestehenden Arbeitsplätze führt sie sogar manchmal zu von vornherein verlorenen Kämpfen. Die mittelfristig geforderte Restrukturierung der italienischen Wirtschaft macht neben der Kapitalmobilisierung auch die inner- und zwischenbetriebliche Mobilität der Arbeitskräfte nötig; nur so läßt sich das Ziel, die Beschäftigung an *produktiven* Arbeitsplätzen auszudehnen, erreichen. Kurzfristig bedeutet dies aber, bestehende soziale Errungenschaften – wie den Kündigungsschutz über das System der „cassa d'integrazione“ – nicht in Anspruch zu nehmen, wenn die Verteidigung solcher Arbeitsplätze schließlich doch nicht die Schließung unrentabler Betriebe verhindern kann. Andererseits gilt es, der Unternehmerstrategie zu widerstehen, unter der Parole „Erhöhung der Arbeitsmobilität“ nur einen Abbau des Kündigungsschutzes, eine Erleichterung von Entlassungen zu erreichen.

Die Forderung nach einer vorwärtstreibenden Strategie kann nicht eine voluntaristische Offensive verlangen. Das Beispiel der Arbeitsmobilität zeigt, wie schwierig die richtige Antwort zu finden ist. Aber die Verteidigungskämpfe, mit denen hier und heute die Krisenlasten zu bewältigen versucht werden, müssen sich in ein Aktionsprogramm einbetten, das die aktuellen Probleme aufnimmt, realistische und mit den mittelfristigen Forderungen vereinbare Lösungen propagiert und hierfür mobilisiert. Statt dessen scheinen die Tagesprobleme vertagt bis nach der zentralen politischen Veränderung. Das Warten auf die Wandlung des innenpolitischen Kräfteverhältnisses zwischen den Parteien lähmt die italienische Arbeiterbewegung, hierin liegt die Ursache für die zunehmende Passivität und Resignation, die die Verschiebung im innenpolitischen Kräfteverhältnis nach den Wahlen 1975 und 1976 aufzuheben drohen.

Der Historische Kompromiß des PCI ist zwar – vielleicht nach der ersten Mitte-Links-Regierung von 1963 – die bedeutendste politische Veränderung in der italienischen Nachkriegsgeschichte. Aber das Ausbleiben unmittelbarer Ergebnisse dieser Strategie im sozialen Bereich fördert die politische Passivität. Denn die kurzfristige Zielsetzung des Historischen Kompromisses bezieht sich auf die Wandlung des Kräfteverhältnisses im politischen System, in seinem sozial-ökonomischen Inhalt ist er mittelfristig, auf einen Zeitpunkt danach, orientiert. Mit der Vertagung der aktuellen Probleme aber verschärft sich die Krise nicht nur objektiv, sondern vor allem auch subjektiv, weil Resignation Mobilisierung verhindert. Verstärkung der Organisierung und Aktionen mit sofortigen Ergebnissen sind notwendig, gerade um die Entmutigung aufzuhalten. Und deswegen dürfen auch die bisherigen Ergebnisse, so begrenzt sie sein mögen, nicht unterschätzt und vergessen werden: Denn dies würde die Verbreitung von Ratlosigkeit und Mißtrauen verstärken und die Glaubwürdigkeit der Initiativen und Kämpfe schwächen, die zu entwickeln mehr denn je notwendig ist, um den Lauf der Wirtschafts- und Sozialpolitik Italiens zu ändern. Im Januar 1977 sagte der Generalsekretär der CGIL, L. Lama: „Auf dem Spiel steht nicht . . . ein normaler Lohnkampf, die Verteidigung dieser oder jener – wenn auch wichtigen – Position der Gewerkschaft. Auf dem Spiel steht ein tiefer Wandel der Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Neugestaltung der italienischen Wirtschaft, die Erkämpfung einer gerechteren Gesellschaft. Und ein so hohes Ziel erobert man nicht ohne Opfer und Opferwillen und härteste Kämpfe. Aber es lohnt der Mühe!“¹³⁾

13) L. Lama, *Il sindacato nella crisi italiana*, Rom 1977, S. 278.

Kleine Bibliothek Politik · Wissenschaft · Zukunft

- 77 Haug **Kritik des Absurdismus**. J.-P. Sartre. 256 S. DM 9,80
- 81 Kahl **Positivismus als Konservatismus**. 301 S. DM 14,80
- 82 Butterwegge **Alternativen der Wirtschaftslenkung**. 155 S. DM 9,80
- 83 Mayer/Stuby (Hg.) **Das lädierte Grundgesetz**. 356 S. DM 14,80
- 84 Hinrichs/Peter **Industrieller Friede?** 298 S. DM 12,80
- 86 Bayertz/Schleifstein „**Kritische Vernunft**“: Popper. 270 S. DM 14,80
- 87 Menschik **Feminismus**. 358 S. DM 12,80
- 88 Kühnl/Hardach **Zerstörung der Weimarer Republik**. 290 S. DM 12,80
- 89 Apel **Umfrage UdSSR**. Offener Brief an Sacharow. 176 S. DM 9,80
- 91 Preiß **Humanisierung der Arbeitswelt**. 132 S. DM 12,80
- 96 Sandkuhler (Hg.) **Betr.: Althusser**. 225 S. DM 14,80

Pahl-Rugenstein